

Presseinformation

Zentrale Unterbringung: "Es kann gut laufen"

Caritas: Bei über 200 Plätzen keine sinnvolle Arbeit mehr möglich/Asylstufenplan verstößt gegen UN-Kinderrechtskonvention

Münster (cpm). Nordrhein-Westfalen hat sich gegen den Begriff "Ankerzentren" entschieden und für ein in Teilen anderes Konzept als Bayern für die "Zentralen Unterbringungseinrichtungen", kurz ZUE. Sofern sie eine überschaubare Platzzahl bieten, zentral liegen und der Träger ein gutes Angebot organisiert, "kann es gut laufen", ist die durchmischte Bilanz von Maike Krumm im Migrationsdienst des Diözesancaritasverbandes Münster. Ihre grundsätzliche Kritik bleibt: Der Asylstufenplan verstoße gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Familien sollen bis zu sechs Monaten in den ZUE verbleiben, ohne dass die Kinder der Schulpflicht unterliegen oder einen Anspruch auf Schulbesuch haben. Die neuen Regelungen hätten auch das Ziel der Erstaufnahme umgekehrt, erklärt Krumm: "Der Schwerpunkt liegt jetzt auf Abschiebung und Rückführung statt Ankommen".

Zwar gab es schon zuvor zentrale Aufnahmeeinrichtungen wie in Schöppingen, aber der Asylstufenplan habe die Rahmenbedingungen geändert. Vor allem sei die mögliche Aufenthaltsdauer vor Zuweisung in eine Kommune auf bis zu zwei Jahre verlängert worden. In dieser Zeit soll die Bleibeperspektive geklärt und gegebenenfalls direkt wieder abgeschoben werden. Ob in dieser Zeit die ersten Schritte zu späterer Integration gegangen werden können, hängt nach Beobachtung von Maike Krumm stark von den räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten ab.

Krumm verdeutlicht dies an einem Beispiel. Die Bewohner einer überschaubaren, innerstädtischen ZUE hätten gute Kontakte zur Bevölkerung. Da gebe es wenig Probleme. Anders sei das bei der außerhalb der gleichen Stadt liegenden großen ZUE, in der überwiegend junge Männer untergebracht seien. Da stelle sich die Frage, was passiere, wenn sie dort bis zu zwei Jahre allein mit ihren traumatischen Erfahrungen verblieben: "Ob dann die Motivation zum Besuch eines Sprachkurses noch groß sein kann", bezweifelt Maike Krumm.

Sobald eine ZUE mehr als 200 Plätze habe, sei keine sinnvolle Arbeit mehr möglich, beobachtet Krumm. Derzeit solle aber zum Beispiel die ZUE in Ibbenbüren oben auf dem Teutorücken auf 1.000 Plätze ausgebaut werden. Problematisch sei nicht zuletzt, dass zu der räumlichen Enge weitere Stressfaktoren hinzukämen. Die Zimmer und auch die Gemeinschaftsräume seien für den Sicherheitsdienst jederzeit zugänglich. Ertöne die Sirene bei einer Feuerschutzübung, könne dies traumatische Erfahrungen auslösen. Angst mache vor allem den Kindern immer wieder, dass Bewohner nachts mit viel Lärm zur Abschiebung abgeholt würden.

Jede ZUE solle ein Ehrenamtskonzept haben zur zusätzlichen Betreuung der Bewohner. Hier engagiere sich auch die Caritas, so Krumm. In der Praxis zeige sich jedoch, dass es für die Ehrenamtlichen schwierig sei, in die Einrichtungen hineinzukommen.

049-2018 (hgw) 2. August 2019